

■ **1 Insolvenzen**
1.1 Die Insolvenzentwicklung in Deutschland im ersten Halbjahr 2001

Die Entwicklung der Insolvenzen in Deutschland hat im ersten Halbjahr 2001 einen neuen Höhepunkt erreicht. Bei den Gesamtinsolvenzen ist mit 22.300 Insolvenzanträgen der Wert des Vorjahres (19.200 Insolvenzen) um 16,1 Prozent überschritten worden. Zwar war bei den Gesamtinsolvenzen bereits zum Jahresabschluss 2000 eine markante Erhöhung (21,6 Prozent) festzuhalten – die aber war bestimmt von der sprunghaften Zunahme bei den Verbraucherinsolvenzen. Diese sind mit Einführung der neuen Insolvenzordnung 1999 erst zum Tragen gekommen. Bereits im letzten Jahr ihres Bestehens waren 9.000 Anträge zu zählen.

Massiver Anstieg der Unternehmensinsolvenzen

Tab. 1: Insolvenzverfahren in Gesamtdeutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen	
1991	13.323		8.837	
1992	15.302	+ 14,9%	10.920	+ 23,6%
1993	20.298	+ 32,6%	15.148	+ 38,7%
1994	24.928	+ 22,8%	18.824	+ 24,3%
1995	28.785	+ 15,5%	22.344	+ 18,7%
1996	31.471	+ 9,3%	25.530	+ 14,3%
1997	33.398	+ 6,1%	27.474	+ 7,6%
1998	33.977	+ 1,7%	27.828	+ 1,3%
1999	33.870	- 0,3%	26.620	- 4,3%
2000	41.200	+ 21,6%	27.800	+ 4,4%

■	2000 Hj.	2001 Hj. *)
Unternehmensinsolvenzen	13.100	14.500
Veränderung zum Vorjahr	+ 1,6%	+ 10,7%
Verbraucherinsolvenzen	4.500	6.000
Veränderung zum Vorjahr	-	+ 33,3%
sonstige Insolvenzen	1.600	1.800
Veränderung zum Vorjahr	-	+ 12,5%
Gesamtinsolvenzen	19.200	22.300
Veränderung zum Vorjahr	+ 21,5%	+ 16,1%

*) von Creditreform geschätzt

Es sind die Unternehmensinsolvenzen, die im ersten Halbjahr 2001 Sorgen machen. 14.500 Unternehmen mussten in den ersten sechs Monaten dieses Jahres den Gang zum Insolvenzgericht antreten – ein Zugang um 10,7 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres (erste Hälfte 2000: 13.100 Unternehmensinsolvenzen). Bereits in der zweiten Hälfte des Vorjahres war die Trendumkehr bei den Unternehmenspleiten deutlich geworden. Zum Jahresultimo betrug die Steigerung 4,4 Prozent für das Gesamtjahr 2000; 1999 hatte man sich noch einer Reduzierung der Unternehmenszusammenbrüche gegenüber 1998 von minus 4,3 Prozent erfreut (26.620 Unternehmensinsolvenzen 1999 gegenüber 27.828 in 1998).

In welchem Stadium?

Neben der Trendumkehr bei den Unternehmensinsolvenzen nach Ende der letzten Dekade bleibt es bei einer deutlichen Zunahme der Verbraucherinsolvenzen. Diese sind allerdings statistisch schwieriger zu erfassen, weil zwischen vorgeschaltetem, außegerichtlichen Einigungsversuch mit den Gläubigern, dem eigentlichen Verbraucherinsolvenzverfahren und der anschließenden Wohlverhaltensperiode die Zahl der einzelnen Personen in den Verfahrensabschnitten schwankt. Von rund 4.500 Verbraucherinsolvenzverfahren im ersten Halbjahr 2000 ist man im ersten Halbjahr 2001 bei 6.000 Verfahren und einer Zunahme von 33,3 Prozent angekommen.

Schließlich haben auch die „sonstigen Insolvenzen“ zugelegt. Von 1.600 Anträgen in der ersten Hälfte des Vorjahres auf 1.800 Fälle im entsprechenden Abschnitt dieses Jahres mit einem Plus von 12,5 Prozent. Bei den sonstigen Insolvenzen handelt es sich in erster Linie um überschuldete Nachlässe. Sonstige Insolvenzen sind aber auch ein Sammelbecken für die Fälle, die weder den Verbrauchern (und Kleingewerbetreibenden) noch den Unternehmen zuzurechnen sind. Nicht wirtschaftliche Institutionen wie Stiftungen oder Vereine (insbesondere im Sport) werden hier „abgelegt“.

Die für Gesamtdeutschland beschriebene Entwicklung bei den Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen

gilt gleichermaßen im Osten wie im Westen des Landes – allerdings ist sie in den alten Bundesländern weniger ausgeprägt. Um 6,3 Prozent haben in Westdeutschland die Unternehmensinsolvenzen zugenommen. 10.200 Insolvenzanträge stehen im ersten Halbjahr 2001 9.600 Fällen im ersten Halbjahr 2000 gegenüber. Damit beschleunigt sich der Zugang, der zum Jahresende 2000 noch bei 1,3 Prozent gelegen hatte (19.300 Unternehmensinsolvenzen im Gesamtjahr 2000 gegenüber 19.050 Fällen in 1999). Bei den Verbraucherinsolvenzen ist ein Zugang von 25,9 Prozent in den Vergleichszeiträumen zu registrieren – es handelt sich um 4.500 Verbraucherinsolvenzen im ersten Halbjahr 2000 gegenüber 5.100 zahlungsunfähigen Verbrauchern im ersten Halbjahr dieses Jahres. Die sonstigen Insolvenzen haben von 1.250 auf 1.600 Fälle um 28,0 Prozent zugelegt.

Im Osten stärkere Steigerungen

Tab. 2: Insolvenzverfahren in Westdeutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen	
1991	12.922	- 2,6%	8.445	- 3,2%
1992	14.117	+ 9,2%	9.828	+ 16,4%
1993	17.537	+ 24,2%	12.821	+ 30,5%
1994	20.092	+ 14,6%	14.913	+ 16,3%
1995	21.714	+ 8,1%	16.470	+ 10,4%
1996	23.078	+ 6,3%	18.111	+ 10,0%
1997	24.212	+ 4,9%	19.348	+ 6,8%
1998	25.162	+ 3,9%	19.886	+ 2,8%
1999	25.110	- 0,2%	19.050	- 4,2%
2000	29.300	+ 16,7%	19.300	+ 1,3%

■	2000 Hj.	2001 Hj. *)
Unternehmensinsolvenzen	9.600	10.200
Veränderung zum Vorjahr	+ 4,3%	+ 6,3%
Verbraucherinsolvenzen	4.050	5.100
Veränderung zum Vorjahr	-	+ 25,9%
sonstige Insolvenzen	1.250	1.600
Veränderung zum Vorjahr	-	+ 28,0%
Gesamtinsolvenzen	14.900	16.900
Veränderung zum Vorjahr	+ 12,8%	+ 13,4%

*) von Creditreform geschätzt

**Insolvenzen im Osten:
Umkehr des Trends**

Deutschlands Osten hatte sich 1998 leicht erholt gezeigt: Sowohl Gesamt- als auch Unternehmensinsolvenzen wiesen bei ihren Werten ein Minus auf. Und obwohl das erste Halbjahr 2000 diese Entwicklung noch mit einem Rückgang der Unternehmensinsolvenzen von minus 5,4 Prozent fortzuschreiben schien, wurde dann doch für das Gesamtjahr 2000 eine deutliche Zunahme markiert. Die Unternehmensinsolvenzen nahmen um 12,3 Prozent (8.500 Fälle gegenüber 7.570 in 1999); die Gesamtinsolvenzen um 35,8 Prozent zu (2000: 11.900 Fälle; 1999: 8.760 Fälle). (Es ist hier darauf hinzuweisen, dass die Zahlen für das Vorjahr korrigiert werden mussten, weil aufgrund späterer Veröffentlichungen oder schleppender Verfahrensgänge erst mit einem gewissen „Timelag“ sicherere Zahlen zu erreichen waren.)

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen hat sich in den neuen Bundesländern in den ersten sechs Monaten dieses Jahres gegenüber dem Vergleichszeitraum von 450 auf 900 Fälle verdoppelt. Die sonstigen Insolvenzen sind von 350 auf 200 Fälle zurückgegangen. Insgesamt spielen die sonstigen Insolvenzen in den neuen Bundesländern eine geringere Rolle als im Westen: Während in den alten Ländern knapp zehn Prozent aller Insolvenzen zu zählen sind, sind es im Osten nur rund vier Prozent.

Tab. 3: Insolvenzverfahren in Ostdeutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen	
1991	401		392	
1992	1.185	+ 195,5%	1.092	+ 178,6%
1993	2.761	+ 133,0%	2.327	+ 113,1%
1994	4.836	+ 75,2%	3.911	+ 68,1%
1995	7.071	+ 46,2%	5.874	+ 50,2%
1996	8.393	+ 18,7%	7.419	+ 26,3%
1997	9.186	+ 9,4%	8.126	+ 9,5%
1998	8.815	- 4,0%	7.942	- 2,2%
1999	8.760	- 0,6%	7.570	- 4,7%
2000	11.900	+ 35,8%	8.500	+ 12,3%

■	2000 Hj.	2001 Hj. *)
Unternehmensinsolvenzen	3.500	4.300
Veränderung zum Vorjahr	- 5,4%	+ 22,9%
Verbraucherinsolvenzen	450	900
Veränderung zum Vorjahr	-	+ 100,0%
Sonstige Insolvenzen	350	200
Veränderung zum Vorjahr	-	- 42,9%
Gesamtinsolvenzen	4.300	5.400
Veränderung zum Vorjahr	+ 2,4%	+ 25,6%

*) von Creditreform geschätzt

1.2 Neue Wege des Insolvenzrechts

Die neue Insolvenzordnung erfüllte die erhofften Erwartungen kaum. Noch in diesem Jahr soll deshalb die Reform der Insolvenzordnung in Kraft treten.

So wurde zur Erreichung des Reformziels „Erhöhung der Sanierungschancen von Unternehmen“ das Rechtsinstitut des Insolvenzplanes geschaffen. Dabei sitzen sich Gläubiger und Schuldner gegenüber mit dem Ziel einen „Plan“ zur Rettung des Unternehmens entwerfen. Diese neue, dritte Möglichkeit der Vorgehensweise neben Liquidierung und Sanierung wird – nach den Untersuchungsergebnissen von Creditreform – von Unternehmen so gut wie nicht genutzt. Das Verfahren wird als kompliziert und bürokratisch kritisiert. Außerdem ist es nicht mit dem Steuerrecht harmonisiert: Sanierungsgewinne müssen versteuert werden, obwohl gerade Finanzmittel zur Fortführung des Unternehmens wichtig sind.

Neuerungen im Regelinsolvenzverfahren

Ein weiterer Kritikpunkt bei den Unternehmensinsolvenzverfahren ist die Stellung der Lohnansprüche der Arbeitnehmer. Werden Arbeitnehmer von einem vorläufig eingesetzten Insolvenzverwalter weiterbeschäftigt, gehen ihre Lohnansprüche gegen den Schuldner auf die Bundesanstalt für Arbeit über, und gehören nach der derzeitigen gesetzlichen Regelung zu den Masseverbindlichkeiten. Forderungen, die als Masseverbindlichkeiten deklariert sind, werden vorweg befriedigt. Dies hat in vielen Fällen dazu geführt, dass ein Großteil der Masse aufgezehrt wurde. Dadurch wurde

eine Sanierung unmöglich gemacht, und das Verfahren mangels Masse eingestellt.

Die neue Regelung sieht vor, diese Ansprüche wieder zu normalen Insolvenzforderungen herabzustufen, um für die übrigen Gläubiger bessere Quoten zu erreichen, und eine Fortführung des Betriebes zu ermöglichen.

Ebenfalls kritisiert werden die Vergabekriterien für die Bestellung zum Insolvenzverwalter. Laut Gesetz wird der Insolvenzverwalter vom Gericht bestimmt. Nach welchen Gesichtspunkten dies zu geschehen hat, wird nicht geregelt. Die Wahl des Insolvenzverwalters wird häufig als Schicksalsfrage des Verfahrens bezeichnet, so sie erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen hat, erscheint es kaum haltbar, die Vergabekriterien nicht transparent zu machen.

Einer anderen Forderung in diesem Zusammenhang ist die reformierte Insolvenzordnung jedoch gerecht geworden. Der vom Gericht bestellte Verwalter kann durch die Gläubigerversammlung durch einen anderen ersetzt werden. Dabei werden die Stimmenanteile – nach der derzeit geltenden Insolvenzordnung – nach der Höhe der Forderungen berechnet (Summenmehrheit). Die Folge daraus ist, dass Großgläubiger wie zum Beispiel Banken die Gläubigerversammlung beherrschen und einen Wunschverwalter einsetzen können. Diesem Missverhältnis ist in der Reform begegnet worden. Zu der Summenmehrheit ist als Korrektiv zusätzlich das Kopfprinzip eingeführt worden. Das heißt: Pro Gläubiger eine Stimme, gleichgültig wie hoch die Forderung ist.

Beim Verbraucherinsolvenzverfahren erwies sich insbesondere der Zugang völlig mittelloser Schuldner zum Insolvenzverfahren als problematisch. Also solche, die nicht einmal die Verfahrenskosten aufbringen können. Die Möglichkeit der Prozesskostenhilfe – also die Kostenübernahme von Seiten der Staatskasse – sieht die derzeitige Fassung der Insolvenzordnung nicht explizit vor. So entbrannte ein Streit zwischen den Gerichten, ob die Regelungen der Zivilprozess-

Änderungen bei den Verbrauchern

ordnung über die Prozesskostenhilfe analog anzuwenden seien. Die Frage eines wirtschaftlichen Neuanfangs hängt zur Zeit davon ab, in welchem Gerichtsbezirk der Schuldner seinen Wohnsitz hat.

Nach der neuen Regelung werden die Verfahrenskosten - bei Vorliegen der Voraussetzungen – gestundet – bis nach der Restschuldbefreiung. Das heißt, der Schuldner muss die Verfahrenskosten erst nach Ablauf der Wohlverhaltensperiode von sieben Jahren zahlen.

Der Bundesrat rechnet deswegen mit einer Mehrbelastung seiner Haushalte von mindestens 75 Millionen DM.

Auch der Anwendungsbereich des Verbraucherinsolvenzverfahrens hat sich als unpraktikabel erwiesen. Das Verbraucherinsolvenzverfahren ist ein vereinfachtes Insolvenzverfahren, dem ein außergerichtlicher und ein gerichtlicher Einigungsversuch vorgelagert ist. Zur Zeit werden auch sogenannte Kleingewerbetreibende von den Regelungen erfasst. Das sind Personen, die nur eine geringfügig selbstständige Tätigkeit ausüben, oder ausgeübt haben. Das Verbraucherinsolvenzverfahren ist für eine begrenzte Anzahl von Gläubigern und überschaubare Vermögensverhältnisse konzipiert worden. Häufig sind aber schon bei Kleinstunternehmen mehr als 100 Gläubiger anzutreffen, so dass die Teilnahme am Verbraucherinsolvenzverfahren zu einem nicht mehr vertretbaren Kosten-, Material- und Arbeitsaufwand führt. Die neue gesetzliche Regelung sieht vor, das Verbraucherinsolvenzverfahren nur noch für selbstständig wirtschaftlich tätige Schuldner zu öffnen, deren Vermögensverhältnisse überschaubar sind und gegen die keine Forderungen aus Arbeitsverhältnissen bestehen. Überschaubar sind die Vermögensverhältnisse etwa dann, wenn der Schuldner weniger als 20 Gläubiger hat.

Praktiker und Schuldnerberatungsstellen bemängeln außerdem den zwingend vorgeschriebenen außergerichtlichen Einigungsversuch im Verbraucherverfahren. Dieser sei nur zeitaufwendig, und einem Schuldenbe-

reinigungsplan würden gerade die großen Gläubiger wie Finanzierungsinstitute und Behörden nicht zustimmen.

Wie sich die Änderungen auf die Zahl der Insolvenzen auswirken werden, wird zu einem späteren Zeitpunkt zu beurteilen sein.

1.3 Schäden durch Insolvenzen

Um rund 30 Prozent – von 27 Mrd. DM im ersten Halbjahr 2000 auf 35 Mrd. DM in den ersten sechs Monaten dieses Jahres – ist die Summe der Insolvenzscha'den in Deutschland gestiegen. Die Ausfa'lle privater Gläubiger – Finanzinstitute und Lieferanten – summieren sich auf 21 Mrd. DM, die Ausfa'lle und Kosten der Öffentlichen Hand auf 14 Mrd. DM (Vergleichszeitraum 16 bzw. 11 Mrd. DM). In Westdeutschland betra'gt die Gesamtschadensho'he, also sowohl private als auch öffentliche Forderungsverluste, 24 Mrd. DM (Vorjahr: 19 Mrd. DM), in Ostdeutschland 11 Mrd. DM (Vorjahr: 8 Mrd. DM).

Tab. 4: Insolvenzscha'den in West- und Ostdeutschland in Mrd. DM

■	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	private Scha'den	Öffentliche Hand	private Scha'den	Öffentliche Hand
1991	9	8	-	-
1992	10	9	-	-
1993	18	12	-	-
1994	24	14	6	6
1995	26	14	8	6
1996	30	15	10	7
1997	31	15	11	8
1998	28	13	10	8
1999 Hj.	14	8	5	5
1999	25	12	10	7
2000 Hj.	12	7	4	4
2000	27	11	8	7
2001 Hj. *)	15	9	6	5

*) von Creditreform geschätzt

Weniger Schäden bei Verbraucherinsolvenzen

Es bleibt anzufügen, dass die Schäden von den Unternehmensinsolvenzen bestimmt werden. Aufgrund der schwierigen Abstimmungssituation bei den privaten Gläubigern und den Befriedigungsquoten, die im gerichtlichen wie im außergerichtlichen Schuldenbereinigungsverfahren erzielt werden, lässt sich schätzen, dass nur 15 Prozent der gesamten Schadenssumme von Verbrauchern „ausgelöst“ werden.

Ein Blick auf den Vergleichszeitraum des Vorjahres zeigt, dass die durchschnittliche „Ausfallrate“ je einzelnen Insolvenzfall zwar angestiegen ist, bisher aber noch nicht die Höhen aus der Mitte der neunziger Jahre erreicht hat. 890.000 DM verlieren die privaten Gläubiger, wenn ein Insolvenzantrag gestellt wird. **Notar bene:** Bei den privaten Insolvenzverlusten handelt es sich um die Ausfälle privater Gläubiger (nicht um die Gläubiger des privaten „Verbraucherinsolvenzverfahrens“). Und es handelt sich weiter um die Summe aller Gläubigerausfälle, nicht um die Summe des Verlustes eines einzelnen Gläubigers bei Eintreten der Insolvenz.

Tab. 5: Private Insolvenzverluste in Westdeutschland

■	Forderungsverluste in Mrd. DM	je Insolvenzfall in DM
1987	14,0	824.000
1988	12,0	753.000
1989	9,0	620.000
1990	8,1	610.000
1991	9,2	710.000
1992	10,0	850.000
1993	18,0	950.000
1994	24,0	1.200.000
1995	26,0	1.200.000
1996	30,0	1.300.000
1997	31,0	1.280.000
1998	28,0	1.110.000
1999 Hj.	14,0	1.180.000
1999	25,0	1.000.000
2000 Hj.	12,0	810.000
2000	27,0	920.000
2001 Hj. *)	15,0	890.000

*) von Creditreform geschätzt

**Dunkle Wolken bereits
frühzeitig**

Dass die Schadensentwicklung nicht über Nacht gekommen ist, zeigt das Schadensaufkommen durch Insolvenzen beim Pensionssicherungsverein und bei den Kreditversicherungen. So hatte der PSV im Jahre 2000 einen Leistungsaufwand aus Insolvenzen von 634 Mio. DM. Das ist zwar weniger als 1999 (871 Mio. DM), liegt aber immer noch merklich über den Vorjahren 1997 (513 Mio. DM) oder 1998 (390 Mio. DM). Die Allgemeine Kreditversicherung in Mainz nennt für das Jahr 2000 ein höheres Schadenaufkommen als 1999. Im Bereich Warenkreditversicherung war es bei der AK 1999 zu einer Schadensquote (Schadensleistungen im Verhältnis zu den Prämien) von 56,8 Prozent gekommen – 2000 hatte sich dieser Wert auf 77,2 Prozent verschlechtert. Im Frühjahr 2001 hat die Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung mittelständische Unternehmen in Deutschland befragt: „Haben Sie Forderungsverluste wegen Kundeninsolvenzen erlitten?“ Zwei Drittel der Befragten verwiesen auf solche Forderungsverluste; dabei waren es in Westdeutschland 64,4 Prozent und in Ostdeutschland 70,8 Prozent, die Insolvenzen unter ihren Kunden und Abnehmern zählten, die wiederum für entsprechende Schäden sorgten.

Tab. 6: Forderungsausfälle wegen Kundeninsolvenzen in Deutschland

■	ja	nein
Verarb. Gew.	65,4	33,2
Bau	56,1	42,8
Handel	76,6	22,8
Dienstleist.	65,9	34,1
Gesamt	66,2	33,0

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

„Ost/West-Gefälle“

Die Kreditversicherung schreibt, dass sich bei näherer Betrachtung der Schadensätze „ein nach wie vor bestehendes West/Ost-Gefälle“ bemerkbar macht. Die unterschiedliche Situation zeigt sich auch bei den privaten Insolvenzverlusten im Vergleich der beiden Landesteile. So weisen die neuen Bundesländer eine deutlich höhere Schadensquote im Einzelfall der Insolvenz auf: 1.110.000 DM verlieren die Gläubiger bei

einer Insolvenz; im entsprechenden Halbjahr des Vorjahres waren es noch 930.000 DM.

Tab. 7: Private Insolvenzverluste in Ostdeutschland

■	Forderungsverluste in Mrd. DM	je Insolvenzfall in DM
1994	6,0	1.250.000
1995	8,0	1.130.000
1996	10,0	1.190.000
1997	11,0	1.200.000
1998	10,0	1.050.000
1999 Hj.	5,0	1.190.000
1999	10,0	1.140.000
2000 Hj.	4,0	930.000
2000	8,0	670.000
2001 Hj. *)	6,0	1.110.000

*) von Creditreform geschätzt

Einen Lichtblick bietet das Insolvenzgeschehen in diesem Jahr: Die Zahl der mangels Masse abgelehnten Verfahren hat sich weiter verringert. Mittlerweile gehen wieder so viele Insolvenzanträge in ein Insolvenzverfahren über wie zu letzt Ende der 60er Jahre in Westdeutschland (in Ostdeutschland: 1992). Viele Ziele der neuen Insolvenzordnung wurden – wie im vorigen Kapitel dargestellt – nicht erreicht. Kaum ein Unternehmen, dem die Zahlungsunfähigkeit droht, geht freiwillig den Gang zum Insolvenzrichter; erfolgreiche Insolvenzpläne sind Raritäten. Immerhin war einer der Gründe für die Reform des Insolvenzrechts das Ziel, mehr Insolvenzen in ein geregeltes (Gerichts-) Verfahren zu überführen. Dies scheint auf den ersten Blick gelungen – allerdings ist es sicher zu früh, jetzt davon auszugehen, dass damit auch die Chancen der Gläubiger steigen, ihre Forderungen durchzusetzen. Es ist noch nicht klar, wie viele der Verfahren schließlich doch noch mangels Masse eingestellt werden müssen.

Mehr Masse – mehr Verfahren?

Tab. 8: Insolvenzverfahren in Westdeutschland

■	Insolvenz- verfahren	mangels Masse abgelehnt	
		absolut	in Prozent
1950	4.497	1.211	26,9
1960	2.689	947	35,2
1970	3.943	1.862	47,2
1980	9.059	6.639	73,3
1990	13.271	10.029	75,6
1991	12.922	9.667	74,8
1992	14.117	10.403	73,7
1993	17.537	12.853	73,3
1994	20.092	14.997	74,6
1995	21.714	16.072	74,0
1996	23.078	17.010	73,7
1997	24.212	17.982	74,3
1998	25.162	18.134	72,1
1999 Hj.	11.900	8.021	67,4
1999	25.110	14.476	57,7
2000 Hj.	14.900	9.615	64,5
2000	29.300	14.983	51,1
2001 Hj. *)	16.900	7.500	44,4

*) von Creditreform geschätzt

In Westdeutschland sind es nur noch 44,4 Prozent der Insolvenzanträge, die nicht in einem Verfahren münden; in Ostdeutschland ist diese Quote sogar noch ein wenig besser. Hier werden nur noch 42,5 Prozent mangels Masse abgelehnt.

Tab. 9: Insolvenzverfahren in Ostdeutschland

■	Insolvenz- verfahren	mangels Masse abgelehnt	
		absolut	in Prozent
1991	401	73	18,2
1992	1.185	516	43,5
1993	2.761	1.548	56,1
1994	4.836	3.057	63,2
1995	7.071	4.663	65,9
1996	8.393	5.836	69,5
1997	9.186	6.547	71,3
1998	8.815	6.850	77,7
1999 Hj.	4.200	3.530	84,0
1999	8.760	5.703	65,1
2000 Hj.	4.300	2.636	61,3
2000	11.900	5.536	46,5
2001 Hj. *)	5.400	2.300	42,5

*) von Creditreform geschätzt

Bisher machen die durch das Verbraucherinsolvenzverfahren geregelten Insolvenzfälle von Privatpersonen oder Kleingewerbetreibenden nur einen geringen Teil des Schadensaufkommens aus. Ein Blick auf die Verschuldungssituation der Konsumenten in Deutschland und auf die entsprechende Situation in den USA macht jedoch deutlich, dass auch hierzulande die privaten Schuldner einmal die Unternehmen bei den Schadenshöhen übertreffen könnten. Sicher werden Forschungsberichte politisch instrumentalisiert. Hier soll ein Blick auf die bloßen Zahlen geworfen werden, ohne dass der entsprechende Handlungsbedarf – etwa im Bereich der Reform der Verbraucherinsolvenz – angemahnt wird.

1999 betrug der jährliche Bestand an Konsumentenkrediten nach Angaben der Bundesbank 422 Mrd. DM. Jedes Jahr nehmen rund drei Millionen Personen neue Ratenkredite auf. Die durchschnittliche Verschuldungshöhe betrug für Ratenkredite in Westdeutschland 17.000 DM und in Ostdeutschland 13.000 DM. Die Forschungsgruppe, die ein Gutachten im Auftrag des Bundesministers für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erstellt hat, geht weiter davon aus, dass rund 20 bis 31 Prozent der Haushalte in West-

Amerikanische Verhältnisse

deutschland und rund 29 bis 46 Prozent der Haushalte in Ostdeutschland verschuldet sind.

Beim Begriff der Überschuldung werden verschiedene einzelne Indikatoren, die sich aus Primärschulden im Sinne von Miet- und Energierückständen, den Eidesstattlichen Versicherungen, Lohn- und Gehaltspfändungen sowie Kreditkündigungen ergeben, zusammengeführt. Demnach sind in Westdeutschland 1,9 Millionen Haushalte und in Ostdeutschland 870.000 Haushalte überschuldet.

Es kann davon ausgegangen werden, dass auf der einen Seite Möglichkeiten zur Finanzierung von Konsumausgaben durch Kredite (Internet, Mobilfunk), auf der einen Seite sowie die aktuelle Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Situation auf der anderen Seite noch einmal zu einem deutlichen Anstieg bei der Überschuldungssituation privater Personen in Deutschland führen wird. Zusammen mit den dargestellten zu erwartenden Veränderungen des Insolvenzrechts im Hinblick auf eine „Entrümpelung“ beim Zugang zum Verbraucherinsolvenzverfahren dürften die entsprechenden Insolvenzanträge in diesem Sektor massiv zulegen. So ist davon auszugehen, dass im Zusammenhang mit der Umsetzung der Reform von vielen Schuldnerberatungsstellen Ratsuchende auf die Verabschiedung des neuen Gesetzes im Herbst oder Winter verwiesen werden.

Einen weiteren Hinweis auf die Schuldenprobleme von Privatpersonen in Deutschland geben die Zahlen zu den Zwangsversteigerungen. So war es im Jahr 2000 mit 57.600 Immobilienversteigerungsterminen schon zu einer deutlichen Steigerung gegenüber dem Vorjahr gekommen (1999: 52.800 Fälle). Im Jahr 2000 erreichen die Versteigerungsfälle ein Volumen von 25,4 Mrd. DM. Ein neuer Rekord wird wohl dieses Jahr zu veranschlagen sein: Im ersten halben Jahr 2001 war bereits ein Volumen von 15,4 Mrd. DM „unter den Hammer gekommen“.

Bei der aktuellen konjunkturellen Krise in Deutschland wird vielfach auf die Vorreiterrolle der Vereinigten

Hohe Schulden, viele Verfahren?

Staaten für die wirtschaftliche Entwicklung hingewiesen. Es scheint so, als würde auch das Insolvenzgeschehen jenseits des Atlantiks für Deutschland „vorgeprägt“. „The economic slowdown beginning last fall, combined with historic high levels of consumer debt, mean that filings will reach a new peak this year,“ sagt Samuel J. Gerdano, Chef des American Bankruptcy Institute (ABI), das die Zahlen für die Insolvenzentwicklung in den Vereinigten Staaten vorlegt. Die Zahl der Pleiten in den Vereinigten Staaten hat im ersten Quartal 2001 17,5 Prozent über dem Vergleichszeitraum des Vorjahres gelegen. Insgesamt zeigen die Zahlen für die ersten drei Monate dieses Jahres einen massiven Anstieg der Insolvenzen von Verbrauchern und einen leichten Anstieg bei den Unternehmenszusammenbrüchen. Im ersten Quartal 2001 werden in den Vereinigten Staaten 366.841 Gesamtinsolvenzen gezählt. Dabei handelt es sich in 10.005 Fällen um Unternehmen – bei 356.863 Fällen aber um Konsumenten. Insgesamt meldeten im Jahr 2000 1,3 Millionen Amerikaner Konkurs an, 1990 waren es noch 700.000. Werden die Verhältnisse von Unternehmensinsolvenzen zu Konsumentenpleiten einmal amerikanische Dimensionen erreichen?

Amerika – du hast es besser?

Insgesamt ist bemerkenswert, dass mit der Perspektive steigender Verbraucherinsolvenzen die Vereinigten Staaten ihr Insolvenzrecht verschärfen, während es in Deutschland erleichtert wird.

1.4 Arbeitsplatzverluste durch Insolvenz

Mit der höheren Zahl von Insolvenzen im Unternehmensbereich steigt auch die Zahl der Arbeitsplatzverluste. In Deutschland haben alleine im ersten Halbjahr 2001 250.000 Personen ihren Arbeitsplatz durch die Insolvenz ihres Arbeitgebers verloren. Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres (216.000 Betroffene) ist dies eine Zunahme von 15,7 Prozent. Eine besondere Steigerung hat Westdeutschland mit 19,4 Prozent und 160.000 Betroffenen (Vorjahr: 134.000) hinzunehmen. In Ostdeutschland sind 90.000 Arbeitsplätze in den ersten sechs Monaten dieses Jahres

verlorengegangen; im ersten Halbjahr 2000 waren es 82.000 (plus 9,8 Prozent).

Tab. 10: Gesamtarbeitsplatzverluste zusammengebrochener Unternehmen in Westdeutschland

■	Anzahl der Personen	Veränderung in Prozent
1990	63.000	- 3,2
1991	64.000	+ 1,6
1992	100.000	+ 56,3
1993	235.000	+ 135,0
1994	267.000	+ 13,6
1995	292.000	+ 9,4
1996	317.000	+ 8,6
1997	348.000	+ 9,8
1998	313.000	- 10,1
1999 Hj.	138.000	- 4,8
1999	291.000	- 7,0
2000 Hj.	134.000	- 2,9
2000	300.000	+ 3,0
2001 Hj. *)	160.000	+ 19,4

*) von Creditreform geschätzt

16 verlorene Arbeitsplätze je Betrieb im Westen (Ost: 21)

Ostdeutschland hat im Verhältnis zur Zahl der Unternehmensinsolvenzen einen deutlich höheren Anteil betroffener Arbeitsplätze. So liegen die Unternehmensinsolvenzen in Ostdeutschland bei 4.300 Fällen gegenüber 10.200 Fällen in Westdeutschland; bei den Arbeitsplatzverlusten zählt man jedoch über die Hälfte des Aufkommens mit 90.000 Arbeitnehmern im Osten gegenüber 160.000 im Westen.

Tab. 11: Gesamtarbeitsplatzverluste zusammengebrochener Unternehmen in Ostdeutschland

■	Anzahl der Personen	Veränderung in Prozent
1994	66.000	
1995	102.000	+ 54,5
1996	170.000	+ 66,7
1997	206.000	+ 21,2
1998	188.000	- 8,7
1999 Hj.	98.000	- 3,9
1999	180.000	- 4,3
2000 Hj.	82.000	- 16,3
2000	190.000	+ 5,4
2001 Hj. *)	90.000	+ 9,8

*) von Creditreform geschätzt

Ein Blick auf die Beschäftigtenzahlen der betroffenen insolventen Betriebe macht deutlich: In den neuen Ländern sind eher größere Betriebe betroffen. Die „Mikrobetriebe“ mit ein bis fünf Mitarbeitern halten in Westdeutschland einen Anteil am aktuellen Insolvenzgeschehen von 55,9 Prozent – in Ostdeutschland sind diese Kleinstunternehmen mit 43,4 Prozent vertreten. Die andere Hälfte der insolventen Unternehmen umfasst Betriebsgrößen zwischen sechs und einhundert Personen. Hier hat Ostdeutschland in fast allen vier Größenklassen wie sie in der folgenden Tabelle aufgeführt sind, höhere Anteile. Nach wie vor spielen größere Mittelständler mit mehr als 100 Beschäftigten beim Insolvenzgeschehen nur eine geringe Rolle.

Im Osten größere Betriebe betroffen

Tab. 12: Beschäftigtenzahl insolventer Unternehmen in Prozent (Branchendurchschnitt)

■	West	Ost
1 – 5 Personen	55,9 (57,4)	43,4 (45,0)
6 – 10 Personen	14,9 (16,7)	20,6 (18,6)
11 – 20 Personen	11,4 (12,1)	16,2 (18,1)
21 – 50 Personen	7,9 (8,9)	11,1 (12,6)
51 – 100 Personen	2,8 (3,0)	3,9 (4,1)
> 100 Personen	2,0 (2,0)	1,3 (1,6)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Auch wenn die statistischen Landesämter bei der Führung der Statistik dazu übergegangen sind, die von den Insolvenzgerichten erfasste Zahl betroffener Arbeitsplätze aufzuführen, ist eine sichere Einschätzung noch nicht gegeben. Und auch der Verweis auf die Bundesanstalt für Arbeit, die Zahlen über die Bezieher von Insolvenzausfallgeld veröffentlicht, können nur ein weiteres Indiz sein: Anspruch auf diese Leistungen haben nämlich auch Arbeitnehmer, die aus einem Unternehmen kommen, das ohne Insolvenzantrag liquidiert wurde. Auf der anderen Seite können auch bei der Fortführung insolventer Unternehmen und in der Insolvenz Löhne und Gehälter bezahlt werden, ohne dass die Bundesanstalt mit ihren Insolvenzgeldern einspringen müsste.

Unsicherheiten der Erfassung

Eine aktuelle Untersuchung des Instituts für Mittelstandsforschung weist aus, dass in Hessen die Insolvenzgerichte 40 Prozent weniger betroffene Arbeitnehmer zählen als Insolvenzausfallgeld beziehen. Auf der anderen Seite werden im Bundesland Rheinland-Pfalz fünf Prozent mehr betroffene Arbeitnehmer durch die Insolvenzgerichte gezählt als Insolvenzausfallgeld an Betroffene gezahlt wird.

Es bleibt dabei: Arbeitnehmer orientieren sich in der Krise ihres Betriebes und lange vor jedem Insolvenzantrag an einem neuen Arbeitsplatz. Auf der anderen Seite sind es manchmal gerade die Arbeitnehmer, die einen Betrieb, der im Insolvenzverfahren ist, aufrecht erhalten. Ein Beispiel dafür ist der Autozulieferer Meckenstock in Mettmann: Seit Anfang Februar hat der Insolvenzverwalter das Sagen, die 638 Beschäftigten aber wollen durch Überstunden Arbeitsplätze und Unternehmen erhalten.

Insolvenzen machen von sich reden, wenn Arbeitsplätze verloren gehen. Gerade in strukturschwachen Regionen kann der Ausfall eines großen Arbeitgebers zu massiven Problemen führen. Allerdings wird sich in diesen Fällen eine politische Lösung finden, mit deren Hilfe ein Insolvenzverfahren abgewendet und außergesichtlich eine Sanierung durchgeführt wird. Ob dies angesichts eines Insolvenzrechts sinnvoll ist, das ge-

rade die Werkzeuge liefert, um eine geordnete und transparente Sanierung durchzuführen, bleibt zu fragen.

Es soll hier nicht gesamtökonomisch bedeutungslosen Pleiten wie der von Boris Beckers Sportgate nachgegangen werden, sondern in der folgenden Liste die Betriebe genannt werden, die in den ersten sechs Monaten dieses Jahres insolvent wurden. Ihre Anzahl weist einmal mehr darauf hin, dass Insolvenzen ein Problem des Mittelstandes sind. Von den 14.500 Insolvenzen in diesem Jahr zählen nur die genannten elf Betriebe mehr als 500 Mitarbeiter.

- CCS HandelsSERVICE GmbH, Bad Homburg (Werbemittelverbreitung und Werbemittlung)
- Deutsches Rotes Kreuz, Landesverband Berlin
- DITEC Informationstechnologie AG, Ottobrunn (Softwareberatung)
- Ernst Brinkmann KG, Hamburg (Einzelhandel mit Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten und Zubehör sowie von Haushaltsgeräten aus Metall)
- Fürstenberger Fleischwaren GmbH, Eisenhüttenstadt
- Hermann Heye KG, Obernkirchen (Herstellung von Behältnissen aus Glas und von Maschinen)
- KSW-Kammgarnspinnerei Wilhelmshaven GmbH, Wilhelmshaven
- Lunke Ventra Automotive GmbH, Witten (Herstellung von schweren Press-, Zieh- und Stanzteilen, von Teilen und Zubehör für Kraftwagen und Kraftwagenmotoren, Ingenieurbüros für technische Planung)
- NKD Vertriebs-GmbH, Bindlach (Einzelhandel mit Waren verschiedener Art ohne Nahrungsmittel)
- Otto Bauer Fleischwaren GmbH & Co. KG, Wethau
- P.I.V. Antrieb Werner Reimers GmbH & Co. KG, Bad Homburg (Herstellung von Lagern, Getrieben, Zahnrädern und Antriebselementen, Handelsvermittlung von Maschinen für unspezifische Verwendung)

613 a: Hürde für Sanierung

Im Hinblick auf die anstehenden Änderungen der Insolvenzordnung ist zu erwähnen, dass die Rettung von Arbeitsplätzen um jeden Preis nicht erklärtes Ziel des Gesetzgebers bei Schaffung der Insolvenzordnung war. Vielmehr sollten nur in lebensfähigen Betrieben Arbeitsplätze geschaffen, bzw. erhalten werden. Deshalb gilt § 613 a BGB auch – abgesehen von einigen Einschränkungen in der Insolvenz – fort.

§ 613 a BGB besagt, dass derjenige, der einen Betrieb durch Rechtsgeschäft übernimmt, die bestehenden Arbeitsverhältnisse nicht entgegen den bestehenden tariflichen Vereinbarungen oder Betriebsvereinbarungen auflösen darf. Und zwar ein Jahr lang vom Zeitpunkt der Übernahme an.

Kritisiert wird § 613 a als sanierungsfeindlich. Die Veräußerung eines Betriebes an einen Sanierer würde erschwert, letztlich drohe dadurch die Liquidation des Unternehmens und der Verlust aller Arbeitsplätze. Gefordert wird, dass bestehende Tarifverträge, beziehungsweise Betriebsvereinbarungen mit Zustimmung des Betriebsrates im Falle einer Übernahme aufgehoben werden können. Eine Änderung der arbeitsrechtlichen Vorschriften wird vom Justizministerium jedoch nicht erwogen.

1.5 Konjunktur und Insolvenzen

Die Nachrichten von steigenden Insolvenzzahlen reißen sich ein in die Hiobsbotschaften, die seit dem Herbst den Konjunkturverlauf und die Finanzmärkte beschreiben. Gradmesser sind die Aussagen zum Bruttoinlandsprodukt 2001, die Monat für Monat nach unten korrigiert werden. Angesichts der konjunkturellen Situation und den Problemen um die Stabilität der Unternehmen stellt sich die Frage nach dem Zusammenhang zwischen gesamtwirtschaftlicher Entwicklung und Insolvenz. Natürlich wird die Insolvenzsituation eines Landes auch maßgeblich von strukturellen und damit relativ festliegenden Bedingungen bestimmt. So spielt aktuell die neue Insolvenzordnung mit ihren Rahmenbedingungen eine ganz entscheidende Rolle für das Insolvenzaufkommen. Die Möglichkeiten zum

Insolvenzverfahren für Verbraucher wurden neu eröffnet – der Gang zum Insolvenzgericht sollte für überschuldete und zahlungsunfähige Unternehmen geebnet werden. Insofern sind steigende Insolvenzzahlen geradezu eine logische Konsequenz des neuen Rechts.

Auch wenn mancher mittelständischer Unternehmer es nicht so empfindet – die gesamtwirtschaftliche Lage hat direkten Einfluss auf sein wirtschaftliches Überleben. Aufweisen lassen sich diese Einflüsse am ehesten an den spezifischen Wirtschaftsbereichen und ihrer konjunkturellen Situation im Kontext der Gesamtökonomie.

Es sind drei Parameter, die bei der Insolvenzentwicklung einzelner Wirtschaftsbereiche zu untersuchen sind: Welchen Anteil hat die Branche am gesamten Insolvenzaufkommen? Wie hat sich dieser Anteil verändert? und schließlich: Wie hoch ist die Insolvenzquote, also das Verhältnis existierender Betriebe eines Wirtschaftsbereichs zur Zahl der insolventen Betriebe?

Tab. 13: Insolvenzen nach Wirtschaftsbereichen

■	absolut	%-Anteil am gesamten Insolvenzaufkommen	Veränderung zum Vorjahr (in Prozent)
Verarb. Gew.			
West	1.163 (1.363)	11,4	- 14,7
Ost	473 (403)	11,0	+ 17,0
Bau			
West	2.377 (2.266)	23,3	+ 4,9
Ost	1.828 (1.484)	42,5	+ 23,2
Handel			
West	2.254 (2.390)	22,1	- 5,7
Ost	718 (689)	16,7	+ 4,2
Dienstleist.			
West	4.406 (3.581)	43,2	+ 23,0
Ost	1.281 (924)	29,8	+ 38,6
Gesamt			
West	10.200 (9.400)	100,0	+ 6,3
Ost	4.300 (3.500)	100,0	+ 22,9

() = Vorjahresangaben

Im Zuge der allgemeinen Steigerungen können nur zwei Wirtschaftsbereiche mehr Stabilität – also weniger Insolvenzen – vorweisen als im Vergleichszeitraum

Steigerungen bei Dienstleistern

des Vorjahres: Westdeutschlands Verarbeitendes Gewerbe hatte im Vorjahr rund 1.360 Insolvenzen hinzunehmen, in diesem Halbjahr sind es 200 Pleiten weniger. Und eine leichte Verbesserung weist auch Westdeutschlands Handel auf: Hier ist man von 2.390 Insolvenzfällen im ersten Halbjahr 2000 auf 2.254 Insolvenzen in den ersten sechs Monaten dieses Jahres gekommen (minus 14,7 Prozent bzw. minus 5,7 Prozent). Bemerkenswert ist in Westdeutschland der hohe Zugang bei den Dienstleistungsinsolvenzen: Es sind mehr als 800 Fälle hinzugekommen; das entspricht einer Steigerung von 23,0 Prozent.

Noch einschneidender ist die negative Entwicklung des Dienstleistungsbereiches in Ostdeutschland: Hier hat die Zahl der Pleiten um 38,6 Prozent von 924 auf 1.281 Insolvenzverfahren zugelegt.

Die Befragung des Mittelstandes durch die Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung hatte bereits im März und April 2001 den Umschwung im Dienstleistungsbereich deutlich gemacht (übrigens zu einem Zeitpunkt, zu dem andere Mittelstandsbefragungen gute Zahlen und viel Zuversicht feststellten). Tatsächlich waren die guten und sehr guten Bewertungen zur Auftragslage im Dienstleistungssektor von 46,9 Prozent im Frühjahr 2000 auf 36,5 Prozent im Frühjahr dieses Jahres abgerutscht (Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche 2000: 38,0 Prozent, 2001: 35,0 Prozent sehr gute und gute Bewertungen). Schließlich hatte der Dienstleistungssektor auch bei der Umsatzentwicklung nicht mehr 36,0 Prozent der Befragten mit steigenden Umsätzen vorzuweisen, sondern nur noch 34,9 Prozent.

Vielfach handelt es sich um unternehmensnahe Dienstleister, die natürlich abhängig von der wirtschaftlichen Situation ihres Auftraggebers im Verarbeitenden Gewerbe sind. Hier dürften angesichts der angespannten Situation – deutlich an den Zahlen zum realen Auftragseingang etwa – und angesichts der Befürchtungen für den weiteren Verlauf der Weltkonjunktur Sparmaßnahmen eingesetzt haben, die gerade

die unternehmensnahen Dienstleister zuerst treffen werden.

Die relativ stabile Lage des westdeutschen Groß- und Einzelhandels entspricht den Aussagen zu den Einzelhandels- bzw. Großhandelsumsätzen. In den ersten vier Monaten dieses Jahres hat der Einzelhandel ein nominales Umsatzplus von 1,6 Prozent (bzw. real von 0,2 Prozent) erreicht. Sicher ist diese Zahl weit entfernt von den Hoffnungen, die man in die anspringende Konsumkonjunktur im Zuge der Steuersenkungen gesetzt hat, doch führt diese Stagnation unter dem Strich zu ebenfalls stagnierenden Insolvenzzahlen.

Ganz anders sieht die Situation im Bausektor aus. Auch für die Bauwirtschaft wurde bereits vielfach ein Ende der Talsohle prognostiziert – die aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes zum ersten Quartal 2001 sprechen eine andere Sprache. Baugenehmigungen für Wohnungen haben gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 24 Prozent abgenommen. Der Bau hat eine Krisenlage erreicht, die sich von jeder Konjunktorentwicklung abgekoppelt hat. Die Nachfrage nach Bauleistungen ist sowohl im gewerblichen wie auch im privatwirtschaftlichen Bereich deutlich zurückgegangen. Die Gründe mögen in einer Entkoppelung der Einkommensentwicklung von dem Wunsch nach Eigentum bzw. dem generell weniger großen Bedarf der Unternehmen nach Gewerbeflächen liegen. Erinnerung sei daran, dass der private Wohnungsbau immer noch den größten Anteil am gesamten Bauaufkommen hält – allein die demografische Entwicklung setzt hier dem Wachsen der Bauleistungen eine Grenze. Schließlich führt die staatliche Konsolidierungspolitik zu Rückgängen im öffentlichen Bau.

Nach wie vor trägt der Bau das höchste Insolvenzrisiko aller Branchen; dabei weisen einzelne Sparten noch einmal weit über dem Schnitt des Hauptwirtschaftsbereichs liegende Insolvenzrisiken aus. So kommen auf 10.000 Unternehmen des Abbruch- und Enttrümmungsgewerbes 649 Unternehmenszusammenbrüche. Bei der Wärme- und Kälteabdämmung sind es 505 Unternehmen, bei Wasser- und Feuchtigkeitsabdichtung

Der Bau in der Strukturkrise

Pleitebranchen

498 und selbst die dem Bau verbundenen Dienstleistungssektoren sind überdurchschnittlich insolvenzanfällig. Bei Bauträgern liegt das Insolvenzrisiko bei 290 Unternehmen je 10.000, bei Kauf und Verkauf von Grundstücken bei 275 und bei der Erschließung von Grundstücken bei 258 Betrieben.

Tab. 14: Insolvenzanfälligkeit nach Hauptwirtschaftsbereichen in Ost- und Westdeutschland (Hochrechnung für das Gesamtjahr 2001)

■	Unternehmensinsolvenzen absolut	Anteil in Prozent	registrierte Unternehmen	Insolvenzquote je 10.000 Unternehmen
Verarb. Gew.				
West	2.326	11,4	253.780	92
Ost	946	11,0	40.895	231
Bau				
West	4.754	23,3	250.908	189
Ost	3.656	42,5	66.750	548
Handel				
West	4.508	22,1	642.712	70
Ost	1.436	16,7	104.284	138
Dienstleist.				
West	8.812	43,2	1.038.442	85
Ost	2.562	29,8	130.699	196
Gesamt				
West	20.400	100,0	2.185.842	93
Ost	8.600	100,0	342.628	251

*) Quelle: Creditreform-Datenbank

Die Insolvenzquoten je 10.000 Unternehmen zeigen nicht nur, dass der Bau mit Abstand am schlechtesten abschneidet. Sie weisen auch aus, wie tief die Kluft zwischen Ost- und Westdeutschland ist. Das Risiko einer Insolvenz ist für Betriebe in den neuen Ländern fast dreimal so hoch wie in Westdeutschland. Besonders deutlich wird die Situation im Verarbeitenden Gewerbe. Während in Westdeutschland ein Rückgang von 14,7 Prozent bei der Anzahl der Pleiten in den Vergleichszeiträumen festzustellen war, kam es in Ostdeutschland zu einer Erhöhung von 17,0 Prozent.

Richtig ist: Deutschland befindet sich nicht in einer Rezession. Doch müssen positive Nachrichten aus dem Verarbeitenden Gewerbe – etwa dass der Gesamtumsatz von Januar bis April gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 8,9 Prozent gestiegen ist – durch-

aus für Ost- und Westdeutschland unterschiedlich gewichtet werden. Tatsächlich erreicht der Ifo-Geschäftsklimaindex im Verarbeitenden Gewerbe der neuen Bundesländer einen neuen Tiefpunkt und erreichte den niedrigsten Stand seit eineinhalb Jahren. Die Zahl der Insolvenzen ist ein weiteres Indiz für diese Entwicklung in Ostdeutschland.

Noch ein Wort zur New Economy: Betriebe aus diesem „Wirtschaftsbereich“ sind nicht stärker insolvenzgefährdet als andere Unternehmen! Dabei ist es allerdings schwierig, die New Economy begrifflich zu fassen: Ist die Branche, etwa Biotechnologie, Mediadesign oder Softwareerstellung entscheidend? Steht die Finanzierung im Mittelpunkt, etwa über Venture Capital oder eine Notierung am Neuen Markt? Oder geht es schließlich um das Gründungsdatum, um das Alter der Mitarbeiter?

New Economy nicht stärker gefährdet

Tatsächlich ist das Insolvenzrisiko in den fünf Hauptbranchengruppen, wie sie über den Neuen Markt zu erfassen sind, noch gering. Am höchsten ist es in den E-Commerce-Bereichen, vor allem, wenn sie sich mit dem Endhandel an Konsumenten beschäftigen. Im B-to-C-Bereich liegt es bei rund 40 Unternehmen auf (fiktive) 10.000 Betriebe dieser Branche. Im Bereich IT und Datenverarbeitung bei 32 pro 10.000 und schließlich im Hochtechnologiebereich, etwa Bio- oder Medizintechnologie bei nur 24 Betrieben pro 10.000 dieser Branche. (Bei diesen genannten Branchen wurde zusätzlich auf ein Gründungsdatum nach 1996 abgestellt.)

Schließlich wird oft nicht klar abgegrenzt, ob es sich um eine Löschung eines Unternehmens oder eine Insolvenz handelt. Wie im zweiten Teil dieser Untersuchung gezeigt wird, werden in Deutschland jedes Jahr mehr als 700.000 Betriebe gelöscht. Nur ein geringer – wenn auch aktuell wieder steigender Teil – geht den Weg über Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit und das Insolvenzverfahren. Vielen schnellen Gründungen in der New Economy folgt das ebenso schnelle Aus. Insolvenzen aber sind selten.

1.6 Finanzierung des Mittelstandes

Die Gründe der steigenden Insolvenzzahlen liegen nicht nur in den aktuellen konjunkturellen Verschlechterungen und in den Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen durch das neue Insolvenzrecht, sondern vor allem in den Finanzierungsproblemen deutscher Mittelständler. Basel II wirft seine Schatten voraus – die Banken stellen sich auf, um den zukünftigen Anforderungen an die Eigenkapitalunterlegung der von ihnen ausgereichten Kredite und deren Risiko gerecht zu werden. Das Ausfallrisiko ihrer Kreditausreichungen nämlich werden die Institute mit entsprechendem Eigenkapital unterlegen müssen: Birgt der Kreditnehmer ein hohes Risiko im Hinblick auf Insolvenz und Forderungsausfall, so hat die Bank mehr Eigenkapital zu unterlegen als bei einem entsprechend solventeren Kunden. Diese „Verteuerung“ wird das Bankhaus dem unternehmerischen Kreditkunden in Rechnung stellen – höhere Zinsen für Betriebe, deren Bonität zu wünschen übrig lässt, sind unausweichlich.

Basel II rückt näher

Bei der Bonität aber, die durch ein internes oder externes Rating festgestellt wird, zeigt Deutschlands Mittelstand Schwächen.

Im Mittelpunkt der Bonitätsbewertung steht die Eigenkapitalquote der Betriebe. Wenn die Bundesbank in ihren Bilanzuntersuchungen bei den letzten verfügbaren Werten für 1999 auf eine durchschnittliche Eigenkapitalquote von 19 Prozent kommt und damit den „höchsten Stand seit 1987/88“ feststellt, dann bleibt nur der Blick auf die spezifischen Eigenmittel des Mittelstandes: Die Eigenmittelquote ist im Jahresverlauf 2000/01 noch einmal gesunken. Die Zahl der „bonitätsschwachen“ Betriebe mit einer Eigenkapitalausstattung unter zehn Prozent der Bilanzsumme stieg in diesem Zeitraum von 36,4 auf nunmehr 39,4 Prozent. Abgenommen hat der Anteil von Unternehmen, die eine solide Eigenmittelfinanzierung von über 30 Prozent halten: Es sind unter Deutschlands Mittelständlern aktuell nur noch 14,6 Prozent (Vorjahr: 18,3 Prozent). Ein branchenspezifischer Vergleich zwischen Bundesbank und der vorliegenden Creditreform-Untersuchung

Sinkende Eigenkapitalquoten ...

zeigt, dass das Verarbeitende Gewerbe 1999 eine Eigenmittelquote von 25,5 Prozent hatte – nach der vorliegenden Untersuchung alleine 62,8 Prozent höchstens 20 Prozent Eigenmittel halten. Dabei schneidet das Verarbeitende Gewerbe noch am besten ab, wie die folgende Tabelle zeigt:

Tab. 15: Eigenkapitalquote in den Hauptwirtschaftsbereichen

■	bis 10%	bis 20%	bis 30%	Über 30%
Verarb. Gew.	32,2 (31,8)	30,6 (28,0)	16,5 (11,2)	16,2 (24,0)
Bau	44,3 (46,1)	24,7 (24,8)	15,0 (12,0)	13,4 (11,4)
Handel	41,6 (35,7)	26,8 (25,7)	12,0 (17,1)	15,6 (17,6)
Dienstleist.	41,3 (34,9)	25,7 (23,5)	15,4 (17,2)	12,6 (17,3)
Gesamt.	39,4 (36,4)	27,2 (25,7)	14,8 (14,2)	14,6 (18,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Nicht viel besser sieht es mit der Gewinnsituation aus. Eine Umsatzrendite von zwei bis drei Prozent entspricht durchaus mittelständischem Durchschnitt. Differenzierte Untersuchungen eines typisch mittelständischen Bereiches – des Handwerks nämlich – zeigen jedoch, dass manche Gewerke sich in den roten Zahlen befinden. „Im laufenden Jahr wird zwar das Wirtschaftswachstum voraussichtlich deutlich niedriger ausfallen als im letzten Jahr, die Ertragsperspektiven sind aber keineswegs ungünstig“, schreibt die Deutsche Bundesbank in ihrem Bericht vom März 2001. Stabile Lohnstückkosten und umfangreiche Steuerentlastungen sind aber für den Mittelstand wenig Grund für Optimismus: Eine weiter steigende Ertragslage erwarten nur 32,3 Prozent der Betriebe in Westdeutschland (Vorjahr: 37,3 Prozent) – 26,6 Prozent (Vorjahr: 18,1 Prozent) fürchten Ertragsrückgänge. In Ostdeutschland ist die Lage bei den Gewinnen noch kritischer: Hier sehen nur 20,2 Prozent eine Gewinnsteigerung im nächsten halben Jahr (Vorjahr: 23,7 Prozent) – sinkende Gewinne aber befürchten 35,9 Prozent der mittelständischen Unternehmen (Vorjahr: 25,3 Prozent).

... und Erträge

Tab. 16: Zukünftige Ertragslage (Vergleich: West / Ost)

■	West	Ost
steigend	32,3 (37,3)	20,2 (23,7)
stabil	40,7 (42,4)	42,6 (50,3)
sinkend	26,6 (18,1)	35,9 (25,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Alternativen der Finanzierung

Der Gang an die Börse, die Ausgabe von Aktien oder Anleihen ist für Mittelständler keine Alternative. Verschiedene Untersuchungen sehen bei nur drei bis fünf Prozent der mittelständischen Betriebe eine Chance ihren Finanzierungsbedarf auf den freien Kapitalmärkten zu decken. Gerade mittelständische Unternehmen haben einen großen Liquiditätsbedarf. Vor dem Hintergrund von Forderungsverzögerungen und – ausfällen auf der einen Seite und Vorfinanzierung ihrer Werk- und Dienstleistungen sowie hoher Personalintensität andererseits ist „flüssiges Geld“ dringend erforderlich. Eine Alternative bietet das Factoring, mit dem die Probleme des Forderungseinzugs erleichtert werden können. Bleibt allerdings festzuhalten, dass nur Factoring-Kunden mit zumindest mittlerer Bonität ihre Forderungen verkaufen können. Es bleibt auch bei Problemen bestimmter einredebehafteter Forderungen sowie bestimmten Umsatzgrößen, die auf diese Weise finanziert werden. Auch das Leasing wird als Investitionsfinanzierung nicht in erforderlichem Maße in Anspruch genommen: Im Handwerk sind nur 8,7 Prozent der Produktionsmaschinen (1999) geleast worden. 58,5 Prozent des Mobilienleasing betreffen Fahrzeuge. Möglichkeiten würden schließlich noch in der Beteiligungsfinanzierung liegen, waren doch 50 Mrd. DM in Europa von Private-equity-Gesellschaften zusammengezogen worden. Aber auch hier stehen zwei Hürden: Zum einen erwarten diese Gesellschaften eine hohe Rendite, die vielfach nicht erbracht werden kann, zum anderen interessieren sie sich weniger für traditionelle Branchen.

Abnehmende Kreditbereitschaft der Banken?

Mit einem Wort: Deutschlands Mittelstand bleibt auf die Finanzierung durch die Banken angewiesen. Nun ist die Kreditwirtschaft aber nicht erst seit Basel II im Umbruch. Ausdruck der Veränderungen sind nicht nur

die „Großfusionen“ der Geschäftsbanken, sondern auch die Zahlen der Finanzierungsanbieter: Nach Angaben der Bundesbank hat sich die Zahl der Unternehmen der Kreditwirtschaft zwischen 1996 und 1998 von 3.675 auf 3.404 verringert. Im selben Zeitraum sind die „örtlichen Einheiten“ von 70.338 auf 63.333 gesunken.

Der DSGV (Deutscher Sparkassen- und Giroverband) spricht in einer Untersuchung vom März/April 2001 davon: „Das eindeutige Ergebnis: Die privaten Konkurrenten – allen voran die Deutsche Bank, die Dresdner Bank, die Commerzbank und auch die Hypovereinsbank, [...] – ziehen sich flächendeckend und systematisch aus dem Geschäft mit mittelständischen Firmenkunden zurück.“ Immerhin bedienen die Sparkassen-Organisationen rund 40 Prozent des Kreditvolumens von deutschen Unternehmen.

Auch eine Untersuchung der Universität Hamburg kommt zu dem Schluss, dass ein Viertel der Unternehmen über eine abnehmende Bereitschaft der Banken zur Kreditvergabe und eine Verschlechterung der Kundenbetreuung klagt.

Diese Veröffentlichungen haben die Privatbanken auf den Plan gerufen: Die Dresdner Bank verweist auf eine Studie, nach der 85 Prozent der mittelständischen Unternehmen mit ihrer Hausbank sehr zufrieden seien. Die Commerzbank spricht davon, Deutschlands Mittelstandsbank Nummer 1 zu werden und bezeichnet das Mittelstandsgeschäft als zentralen Bereich mit großem Entwicklungspotenzial.

Bei diesen Aussagen bleibt der Begriff Mittelstand zu differenzieren: Rund 80 Prozent mittelständische Betriebe in Deutschland bleiben mit ihrem Umsatz unter 1,0 Mio. DM. Ein weiteres Viertel bewegt sich in einer Umsatzgröße von 100.000 bis 250.000 DM. Eine Untersuchung der Kreditanstalt für Wiederaufbau hat ein typisches Kreditportfolio einer mittelständischen Hausbank gesichtet und festgestellt, dass ein solches Bankhaus in Zukunft wohl 20 Prozent mehr Eigenkapital für entsprechende Kreditvolumen vorrätig halten

Neue Transparenz und neue Pleiten

muss. Damit würde nach Aussage der KfW der Mittelstandskredit um rund 1,5 Prozent teurer.

Basel II birgt Sprengstoff für die Stabilität mittelständischer Unternehmen. Bereits jetzt haben kleine und mittlere Betriebe mit Restriktionen zu kämpfen – die Sparkassen und Volksbanken können sicher nicht Sammelbecken für „schlechte Risiken“ sein. Das Ansteigen der Insolvenzen – das zeigen die entsprechenden Strukturmerkmale im Hinblick auf Mitarbeiterzahl und Umsatzgrößen sowie Branchen ist auch bestimmt von dem Rückzug und den verschärften Anforderungen an die Kreditvergabe. Der Mittelstand befindet sich in einer schwierigen Situation: Basel II und seine Anforderungen werden kommen – kleine und mittlere Unternehmen werden sich dem im Hinblick auf die Finanzierung mit Solidarität und Offenheit stellen müssen. Dieser Prozess aber wird nicht ohne eine Vielzahl von Insolvenzen weiterkommen.

■ 2 Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen

2.1 Gründungsbilanz

Die angespannte konjunkturelle Lage in Deutschland schlägt sich auch im Gründungsgeschehen des ersten Halbjahres in Westdeutschland nieder. So stieg die Zahl der Abmeldungen mit einem Zugang um 7,4 Prozent stärker als neue Unternehmen in den Gewerbe- und Handelsregistern eingetragen wurden (plus 3,5 Prozent). Den 350.500 Neueintragungen stehen 309.600 Abmeldungen gegenüber, was eine Differenz von 40.900 Neugründungen ergibt - der Saldo verringert sich somit um 18,7 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum. Dank einer stabilen Entwicklung bei den Handelsregistereintragungen ist der Saldo nicht noch stärker geschrumpft. Die Anzahl der Einträge ins Handelsregister ist um 6,2 Prozent auf 51.500 gestiegen, während die Zahl der Unternehmen, die aus dem Register gestrichen wurden, um 8,8 Prozent auf 19.800 angewachsen ist.

Betrachtet man ausschließlich die An- und Abmeldungen in den Gewerberegistern, zeigt sich, dass sich hier

der Saldo halbiert hat - die Differenz aus An- und Abmeldungen beträgt nur noch 9.200 (2000: 20.000). Diese Entwicklung bringt es mit sich, dass auch mit weniger wirtschaftsaktiven Unternehmen zu rechnen ist. Waren im ersten Halbjahr 2000 noch 35.000 als wirtschaftsaktiv einzustufen, so sind es aktuell noch 32.000 Unternehmen.

Tab. 17: Gründungsbilanz 2001*) für Westdeutschland

■	Anmeldungen / Änderung in %		Abmeldungen / Änderung in %		Saldo / Änderung in %	
Nur Gewerbe- register:	299.000 (290.000)	+3,1	289.800 (270.000)	+7,3	9.200 (20.000)	-54,0
Handels- register:	51.500 (48.500)	+6,2	19.800 (18.200)	+8,8	31.700 (30.300)	+4,6
Gesamt- gewerbe- register	350.500 (338.500)	+3,5	309.600 (288.200)	+7,4	40.900 (50.300)	-18,7

*) Creditreform-Schätzung; () = 2000

Deutlich schlechter hat sich das Gründungsgeschehen in den östlichen Bundesländern entwickelt. Zum ersten Mal wurden mehr Firmen aus den Registern gelöscht als neue Firmen angemeldet – diese Entwicklung hat sich schon seit längerem mit einem ständig sinkenden Saldo angekündigt. Den 64.900 neu eingetragenen Unternehmen in den Gewerbe- und Handelsregistern stehen 67.800 Firmenlösungen gegenüber. Daraus ergibt sich ein negativer Saldo von 2.900 – in den ersten sechs Monaten des Vorjahres lag der Saldo mit 7.800 noch klar im positiven Bereich.

Negativer Saldo im Osten

Während die Anmeldungen in den Gewerbe- und Handelsregistern klar zurückgegangen sind (Gewerbe-register: minus 8,7 Prozent, Handelsregister: 9,8 Prozent), ist die Zahl der Abmeldungen um 5,4 Prozent beim Gewerbe-register und um 27,3 Prozent beim Handelsregister gestiegen. Zwar bleibt die Differenz aus Anmeldungen und Löschungen beim Handelsregister trotz eines Rückganges von rund 38 Prozent noch positiv, aber die negative Entwicklung in den Gewerbe-registern ist nicht aufzufangen. Trotz dieser negativen Entwicklung in Ostdeutschland, die sicherlich auch im Zusammenhang mit der flauen Konjunktur

sowie den pessimistischen Aussichten für die kommenden Monate steht, hat sich die Situation bei den wirtschaftsaktiven Unternehmen stabilisiert. Wie im Vergleichszeitraum 2000 ist auch für die ersten sechs Monate mit 6.000 wirtschaftsaktiven Unternehmen in Ostdeutschland zu kalkulieren.

Tab. 18: Gründungsbilanz 2001*) für Ostdeutschland

■	Anmeldungen / Änderung in %		Abmeldungen / Änderung in %		Saldo / Änderung in %	
Nur Gewerbe- register:	55.700 (61.000)	-8,7	62.200 (59.000)	+5,4	- 6.500 (2.000)	-425,0
Handels- register:	9.200 (10.200)	-9,8	5.600 (4.400)	+27,3	3.600 (5.800)	-37,9
Gesamt- gewerbe- register	64.900 (71.200)	-8,8	67.800 (63.400)	+6,9	- 2.900 (7.800)	-137,2

*) Creditreform-Schätzung; () = 2000

Im internationalen Vergleich schneidet Deutschland beim Gründungsgeschehen dagegen gut ab. So waren im letzten Jahr nach einer Untersuchung der Kölner Universität 3,8 Prozent der Bundesbürger aktiv an einer Unternehmensgründung beteiligt. Deutschland belegt damit einen Spitzenplatz vor den meisten europäischen Nachbarn, bleibt aber hinter den USA und Kanada zurück. Schlusslichter dieser Untersuchung sind Japan und Irland, wo nicht einmal ein Prozent der Bevölkerung am Gründungsgeschehen teilgenommen hat. Auf der anderen Seite ergab die Untersuchung, dass die Hälfte der Befragten Angst vor dem Scheitern als Unternehmensgründer hat. Auch auf die Vor- und Nachteile des Gründungsstandortes Deutschland wird in der Studie hingewiesen. So loben die Experten die guten Zugangsmöglichkeiten zu finanziellen Mitteln und Fördergeldern. Es bleibt aber abzuwarten, wie sich die Bestimmungen von Basel II auf die Kreditvergabe an Unternehmensgründer auswirken werden. Kritik äußern die Wissenschaftler unter anderem an den schlechten Rahmenbedingungen; insbesondere die komplexe Steuergesetzgebung sowie langwierige Genehmigungsverfahren fördern nicht unbedingt den Weg in die Selbstständigkeit.

Gründungsstandort Deutschland

Es bleibt abzuwarten, wie das Gründungsgeschehen bis zum Jahresende weiter verläuft. Dabei wird die weitere Entwicklung von Basel II eine wichtige Rolle spielen, ob sich wieder mehr Menschen in die Selbstständigkeit begeben werden. Die Hoffnungen auf einen anhaltenden Gründungsboom haben sich zunächst zerschlagen.

2.2 Neueintragungen und Wirtschaftsbereiche

Beim Blick auf die vier Hauptwirtschaftsbereiche in Westdeutschland sind keine großen Veränderungen zu erkennen: Der Handel und der Dienstleistungssektor vereinigen aktuell 83 Prozent aller Gründungen auf sich. Jede zweite Gründung wird von einem Dienstleister vorgenommen, nur jede zehnte im Verarbeitenden Gewerbe. Schlusslicht der Gründungsaktivitäten bleibt weiterhin der Bau. Hier macht sich die schlechte konjunkturelle Lage deutlich bemerkbar - der Rückgang der Baugenehmigungen oder bei den Fertigstellungen im Wohnungsbau sind nur Indikatoren für die prekäre Lage der Bauunternehmer.

Tab. 19: Neuzugänge nach übergeordneten Wirtschaftsbereichen in Westdeutschland

■	Anteil je 100 Neuerfassungen *)
Verarbeitendes Gewerbe	10
Baugewerbe	7
Handel	32
Dienstleistungen	51

*) Quelle: Creditreform-Wirtschaftsdatenbank

Auch in Ostdeutschland liegt der Schwerpunkt des Gründungsgeschehens im tertiären Sektor – 31 Prozent der neuen Unternehmen siedeln sich im Handel und 49 Prozent im Dienstleistungsbereich an. Deutlich zurückgegangen ist die Gründungsaktivität im Baugewerbe. Lag der Anteil im ersten Halbjahr 2000 noch bei 21 Prozent und damit im Verhältnis zur wirtschaftlichen Situation des Baugewerbes im Osten eindeutig zu hoch – was auch die Insolvenzzahlen für diesen Sektor belegen – beträgt die aktuelle Gründungsquote nun 12 Prozent. Die wenigsten Neugründungen kann

Baugründungen reagieren auf Krise

das Verarbeitende Gewerbe verbuchen – nur acht Prozent der Neueintragungen in den neuen Bundesländern sind hier einzuordnen.

Tab. 20: Neuzugänge nach übergeordneten Wirtschaftsbereichen in Ostdeutschland

■	Anteil je 100 Neuerfassungen *)
Verarbeitendes Gewerbe	8
Baugewerbe	12
Handel	31
Dienstleistungen	49

*) Quelle: Creditreform-Wirtschaftsdatenbank

Im Mittelpunkt des Interesses stehen weiterhin Firmen aus den Technologiebranchen „Internet“, Telekommunikation oder Biotechnologie. Dabei bilden die über 100 an der Börse notierten Unternehmen nur die Spitze eines Bereiches mit überdurchschnittlichem Wachstumspotenzial. Nach Erkenntnissen des ZEW hat die Gründungsdynamik in technologie- und wissensintensiven Branchen weiter zugenommen und lag im Jahr 1999 bei 15 Prozent. Auch in diesem Bereich erweist sich der Westen gründungsaktiver als der Osten.

**Tab. 21: Neueintragungen nach Wirtschaftsbereichen
im 1. Halbjahr 2001**

■	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	absolut	%-Anteil	absolut	%-Anteil
Land- u. Forstwirtsch. / Fischerei u. Fischzucht	19	0,04	4	0,04
Bergb. u. Gewinn. v. Steinen u. Erden / Energ.- u. Wasservers.	553	1,07	26	0,28
Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung	4	0,01	2	0,02
Textil-, Bekleidungs- u. Ledergewerbe	2	0,00	0	0,00
Holzw. (o. Möbel) / Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	239	0,46	48	0,52
Kokerei, Mineralölver- arb., Herstell. u. Ver- arb. v. Spalt- u. Brut- stoff., Chem. Industrie, Herstell. v. Gummi- u. Kunststoffwaren	34	0,07	5	0,05
Glasgew., Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	26	0,05	13	0,14
Metallerzeug. u. Bear- beit., Herstell. v. Metall- erzeugn. / Masch.bau / Fahrzeugbau	310	0,60	71	0,77
Herstell. v. Büromasch. DV-Geräten u. Einricht. Elektrotechn., Feinme- chanik u. Optik	154	0,30	35	0,38
Herstell. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Sportgeräten, Spielw. u. sonst. Erzeugn. / Recycling	5	0,01	2	0,02
Baugewerbe	1.752	3,40	706	7,67
Gastgewerbe	421	0,82	111	1,21
Handel / Instandhalt. u. Reparatur v. Kfz u. Gebrauchsgütern	11.873	23,06	2.097	22,77
Verkehr u. Nachrich- tenübermittlung	1.064	2,07	121	1,31
Erbringung v. pers. u. öffentl. Dienstleist.	317	0,62	84	0,91
Kredit- u. Versich.gew., Grundstücks- u. Woh- nungswesen, Vermiet. bewegl. Sachen, Er- bring. v. Dienstleist. überwieg. f. Untern.	34.710	67,42	5.884	63,89
Summe	51.483	100,00	9.209	100,00

2.3 Arbeitsplätze durch Neugründer

Der Rückgang der wirtschaftsaktiven Unternehmen in Westdeutschland macht sich auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar, wo weniger Arbeitsplätze durch Neugründungen geschaffen worden sind. Gleichzeitig ist auch die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe und im Handel zurückgegangen, womit der Negativtrend noch verstärkt wird.

Tab. 22: Durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten bei den produktiven Neugründungen im 1. Halbjahr 2001 im Westen

■	Durchschnittliche Beschäftigtenzahl *)
Verarbeitendes Gewerbe	5 x 3.200
Baugewerbe	3 x 2.240
Handel	2 x 10.240
Dienstleistungen	2 x 16.320

*) Quelle: Creditreform-Wirtschaftsdatenbank

Trotz dieses Rückganges werden im personalintensiven Verarbeitenden Gewerbe pro Neugründung die meisten Arbeitsplätze geschaffen. So gelingt es diesem Wirtschaftsbereich, trotz geringer Beteiligung am gesamten Gründungsaufkommen, 16.000 Arbeitsplätze zu schaffen. Im tertiären Sektor werden nur zwei neue Stellen pro Neugründung geschaffen, so dass im Dienstleistungsbereich 32.600 und im Handel 20.480 Menschen einen neuen Arbeitsplatz erhalten. Die geringsten Arbeitsmarkimpulse gehen in Westdeutschland vom Baugewerbe aus – im ersten Halbjahr 2000 entstanden 6.720 neue Arbeitsplätze infolge einer wirtschaftsaktiven Gründung. Insgesamt ist mit 75.800 neugeschaffenen Jobs zu rechnen – im gleichen Zeitraum 2000 wurden über 100.000 Mitarbeiter von Gründern eingestellt.

Mehr Jobs im Osten

Tab. 23: Zahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze in den Wirtschaftsbereichen im 1. Halbjahr 2001 im Westen

■	Zahl der Beschäftigten *)
Verarb. Gewerbe	16.000
Baugewerbe	6.720
Handel	20.480
Dienstleistungen	32.600
Gesamt	75.800

*) gerundet

Auch im Osten ist das Verarbeitende Gewerbe der Bereich mit der höchsten Beschäftigungsintensität – pro Neugründung entstehen hier sechs Arbeitsstellen. Die geringsten Arbeitsmarkteffekte gehen vom Handel aus – nur zwei Menschen finden durch eine Neugründungen einen Job.

Tab. 24: Durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten bei den produktiven Neugründungen im 1. Halbjahr 2001 im Osten

■	Durchschnittliche Beschäftigtenzahl *)
Verarbeitendes Gewerbe	6 x 480
Baugewerbe	3 x 720
Handel	2 x 1.860
Dienstleistungen	3 x 2.940

*) Quelle: Creditreform-Wirtschaftsdatenbank

In Ostdeutschland sind durch die 6.000 wirtschaftsaktiven Neugründungen 17.580 Arbeitsplätze neu entstanden – gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 32,2 Prozent, was alleine in der Tatsache begründet liegt, dass sowohl im Baugewerbe als auch im Verarbeitenden Gewerbe mehr Arbeitsplätze pro Neugründung geschaffen wurden. Die Hälfte aller ostdeutschen Arbeitsplätze entstand im Bereich Dienstleistungen.

Tab. 25: Zahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze in den Wirtschaftsbereichen im 1. Halbjahr 2001 im Osten

■	Zahl der Beschäftigten *)
Verarb. Gewerbe	2.880
Baugewerbe	2.160
Handel	3.720
Dienstleistungen	8.820
Gesamt	17.580

*) gerundet

In einer Untersuchung der European Business School wurden Start-up-Unternehmer gefragt, wie viele Arbeitsplätze sie im Laufe des Jahres schaffen wollen. Jeder vierte gab an, keine weiteren Arbeitsplätze zu schaffen. Demgegenüber stehen rund 16 Prozent der Unternehmer, welche die Zahl der Mitarbeiter verdoppeln wollen. Gerade für junge Unternehmen kann der Fachkräftemangel zum Problem werden, wenn sie nicht die Gehaltsvorstellungen der Arbeitnehmer erfüllen können, was für größere und etablierte Unternehmen weniger ein Problem darstellt.

Sicherlich ist der Arbeitmarkteffekt durch Neugründungen im Vergleich zum gesamten Arbeitsmarkt recht niedrig, allerdings entstehen ja in den einzelnen Unternehmen weitere Arbeitsplätze, wenn der Betrieb wächst. Somit ist der langfristige Beitrag von Gründern für den Arbeitsmarkt nicht zu unterschätzen.

2.4 Neueintragungen und Löschungen nach Bundesländern

Die positive Entwicklung der Handelsregistereintragungen ist schon zu Beginn des Kapitels gewürdigt worden. Den rund 60.700 neueingetragenen Unternehmen in Gesamtdeutschland stehen aktuell knapp 25.400 Löschungen gegenüber. Unter dem Strich bleibt also ein positiver Saldo von 35.300 Unternehmen.

Positiver Lichtblick

In Tabelle 27 sind die Handelsregistereintragungen ins Verhältnis zur Anzahl der bestehenden Unternehmen im jeweiligen Bundesland gesetzt worden (Quelle:

Umsatzsteuerstatistik). Bezogen auf 10.000 Unternehmen erweisen sich die Stadtstaaten als besonders gründungsintensiv: die Hansestädte belegen mit einer Quote von 370 (Hamburg) beziehungsweise 360 (Bremen) Eintragungen die Plätze eins und zwei, Berlin folgt mit 240 neuen Einträgen auf Platz vier. Am unteren Ende der Aufstellung finden sich neben den östlichen Bundesländern auch Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz mit jeweils 170 Anmeldungen pro 10.000 Unternehmen - bundesweit liegt der Durchschnitt bei 210.

Tab. 26: Handelsregisterneueintragungen je 10.000 Unternehmen nach Bundesländern (1. Halbjahr 2001)

■	Neueintragungen
Hamburg	370
Bremen	360
Hessen	260
Berlin	240
Schleswig-Holstein	240
Bayern	220
Niedersachsen	220
Nordrhein-Westfalen	220
Brandenburg	190
Saarland	180
Baden-Württemberg	170
Mecklenburg-Vorpommern	170
Rheinland-Pfalz	170
Sachsen-Anhalt	170
Sachsen	160
Thüringen	160
Gesamt	210

Das schlechte Abschneiden Baden-Württembergs bei den relativen Handelsregistereintragungen ist bedingt durch die hohe Dichte bereits existierender Unternehmen; schließlich belegt das Bundesland bei den absoluten Zahlen Platz drei mit rund 7.000 Anmeldungen. Mehr Einträge ins Handelsregister wurden im ersten Halbjahr 2001 nur in Bayern und Nordrhein-Westfalen registriert. So hat sich gegenüber dem Vorjahr bei den vorderen Plätzen keine Veränderung ergeben. Erfreulich ist zudem, dass in allen Bundesländern ein positi-

Positive Salden

ver Saldo zu vermelden ist, auch wenn der in Sachsen-Anhalt mit 52 Einheiten hauchdünn ist.

Tab. 27: Unternehmensneueintragungen und -lösungen nach Bundesländern in West- und Ostdeutschland für das 1. Halbjahr 2001

■	Unternehmensneueintragungen	Unternehmenslösungen	Saldo
Baden-Württemberg	7.042	3.177	3.865
Bayern	10.656	3.580	7.076
Berlin	2.616	1.442	1.174
Brandenburg	1.435	708	727
Bremen	767	443	324
Hamburg	2.811	893	1.918
Hessen	5.873	2.174	3.699
Mecklenburg-Vorp.	809	432	377
Niedersachsen	5.240	1.968	3.272
Nordrhein-Westfalen	13.746	5.497	8.249
Rheinland-Pfalz	2.460	1.002	1.458
Saarland	599	246	353
Sachsen	2.111	1.248	863
Sachsen-Anhalt	1.111	1.059	52
Schleswig-Holstein	2.289	831	1.458
Thüringen	1.127	678	449
Gesamt	60.692	25.378	35.314

2.5 Finanzierung junger Unternehmen

Unternehmensgründer müssen eine Vielzahl von Hindernissen aus dem Weg räumen. So erweist sich die Bürokratie in Deutschland immer noch als Gründungshemmnis, besonders für Unternehmen, die spezielle Genehmigungen vor der Aufnahme einer Tätigkeit benötigen. Ein weiterer Problemkreis stellt die Beschaffung von Finanzmitteln für angehende Unternehmer dar. Nach Erkenntnissen des ENSR Enterprise Survey greifen rund 66 Prozent der Gründer in Europa auf eigenes Kapital zurück. Auf Bankkredite als Hauptfinanzierungsquelle stützen sich hingegen nur 20 Prozent. Der geringe Anteil von neugegründeten Unternehmen, die sich mittels Bankkredit finanzieren, lässt sich sicherlich auf ein erhöhtes Risiko bei der

Alternative Geldquellen

Kreditvergabe zurückführen – die Vorschläge des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht werden es Unternehmensgründern in Zukunft weiter erschweren, günstiges Startkapital von den Banken zu erhalten. Hinzu kommt bei der Kreditvergabe, dass die benötigten Summen für den Start eines neuen Unternehmens sehr gering sind – 83 % der Unternehmen in Europa mit höchstens fünf Mitarbeitern benötigten zum Gründungszeitraum nur 7.600 Euro. Anscheinend scheuen Banken den Aufwand, kleine Kredite zu vergeben.

Neben diesen traditionellen Möglichkeiten zur Finanzierung eines neuen Unternehmens greifen insbesondere Gründer auf unkonventionelle Mittel zurück, um einen Aufbau zu finanzieren. Das sogenannte „Love Money“ wird dem Jungunternehmer von Bekannten oder Verwandten zur Verfügung gestellt. Schätzungen zufolge greifen in Deutschland rund 25 Prozent auf Kapital von Freunden oder Familienangehörigen zurück – dazu gehört auch die Übernahme von Bürgschaften für Bankkredite.

Im Rahmen der Euphorie um den Neuen Markt und Start-Ups hat das Interesse an Beteiligungsfinanzierungen durch Business Angels oder Venture Capital deutlich zugenommen. Den starken Anstieg verdeutlichen folgende Zahlen: während 1990 Start-ups und Wachstumsunternehmen mit insgesamt 940 Mio. DM finanziert wurden, betrug alleine im ersten Halbjahr 2000 die Summe der finanziellen Aufwendungen 3,17 Mrd. DM. Die Turbulenzen am Neuen Markt haben sicherlich auch Nachwirkungen auf die Wagniskapitalgeber. Schätzungsweise 400 Mio. DM haben Wagnisfinanzierer im vergangenen Jahr verloren. In Zukunft werden die Kandidaten gründlicher unter die Lupe genommen und nur noch solide Geschäftsideen werden dann die nötigen Finanzmittel erhalten. Vom Wagniskapital profitieren in der Regel innovative Unternehmen, die eine hohe Rendite beim Verkauf der Beteiligung versprechen. Firmen aus den traditionellen Wirtschaftsbereichen bleibt diese Möglichkeit der Unternehmensfinanzierung verschlossen. Sie müssen auf Bankkredite und staatliche Fördergelder setzen.

■ 3 Zusammenfassung

In der ersten Jahreshälfte 2001 haben die Insolvenzzahlen in Deutschland einen neuen Höchststand erreicht. Die Gesamtinsolvenzen liegen aktuell bei 22.300 Fällen – gegenüber dem Vergleichszeitraum eine Steigerung um 16,1 Prozent (19.200 Insolvenzen). Waren es im letzten Jahr noch die Verbraucherinsolvenzen, welche die Gesamtinsolvenzen zum Jahresende um 21,6 Prozent nach oben trieben, ist nun auch bei den Unternehmensinsolvenzen eine deutliche Zunahme zu verzeichnen. Um 10,7 Prozent wächst die Zahl der zusammengebrochenen Betriebe auf 14.500 in Deutschland (erste Hälfte 2000: 13.100). Die Zahl der Privatpersonen, die Insolvenz anmelden mussten, liegt um 33,3 Prozent höher als der Wert im Vergleichszeitraum (2001, 1. Halbjahr: 6.000 Insolvenzfälle; 2000, 1. Halbjahr: 4.500 Insolvenzfälle). Auch bei den „Sonstigen Insolvenzen“ – überschuldete Nachlässe, Stiftungen oder Vereine – ist ein Zuwachs um 12,5 Prozent von 1.600 auf 1.800 Fälle zu vermelden.

In Westdeutschland ist die Insolvenzentwicklung weniger stark ausgeprägt. Waren im ersten Halbjahr 2000 in den alten Bundesländern 9.600 Unternehmensinsolvenzen zu notieren, sind es aktuell 10.200 Insolvenzfälle – ein Plus von 6,3 Prozent. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Verbraucherkonkurse um 25,9 Prozent von 4.050 auf 5.100 Fälle. Für die sonstigen Insolvenzen ergibt sich ein Mehr von 28,0 Prozent – 1.600 Fälle werden für die Zeit von Januar bis Juni 2001 gezählt. Insgesamt ist für den Westen eine Steigerung bei den Gesamtinsolvenzen um 13,4 Prozent von 14.900 auf 16.900 Insolvenzfälle festzuhalten.

Für die neuen Bundesländer zeigt sich ein deutlich schlechteres Bild. Hier beträgt der Zuwachs bei den Gesamtinsolvenzen 25,6 Prozent - von 4.300 Fälle in der ersten Jahreshälfte 2000 auf 5.400 Gesamtinsolvenzen im gleichen Zeitraum 2001. Die Zahl der Insolvenzanträge von Unternehmen hat im Vergleich zur ersten Jahreshälfte 2000 um fast 23 Prozent auf 4.300 Fälle zugenommen. Gleichzeitig hat sich bei den Verbraucherinsolvenzen eine Verdopplung von 450 auf

900 Fälle ergeben. Ein Rückgang ist in den neuen Bundesländern für die sonstigen Insolvenzen zu vermelden, die allerdings im Osten auch eine geringere Rolle als im Westen spielen (erste Hälfte 2001: 200; erste Hälfte 2000: 350).

Die höheren Insolvenzzahlen gehen mit der schwächeren Konjunktur einher, wie ein Blick auf die Insolvenzen in den einzelnen Hauptwirtschaftsbereichen zeigt. Ausgenommen von steigenden Unternehmensinsolvenzen sind nur das westdeutsche Verarbeitende Gewerbe (minus 14,7 Prozent) sowie der Handel in Westdeutschland (minus 5,7 Prozent). Eine deutliche Steigerung bei den Firmenzusammenbrüchen ist für den Dienstleistungssektor festzuhalten – hier ist im Westen ein Zugang um 23 Prozent im Osten sogar um 38,6 Prozent zu verzeichnen. Den größten Anteil am Insolvenzgeschehen trägt in den alten Bundesländern der Bereich Dienstleistung (43,2 Prozent) und in den neuen Bundesländern das Baugewerbe (42,5 Prozent).

Der Bau erleidet weiterhin das höchste Insolvenzrisiko aller Branchen – es liegt im Osten bei 548 je 10.000 Unternehmen und im Westen bei 189. Gleichzeitig zeigen diese Zahlen auch, wie groß die Kluft zwischen Ost- und Westdeutschland noch immer ist. Im Durchschnitt der Branchen liegt das Insolvenzrisiko in den alten Bundesländern bei 93 und in den neuen Bundesländern 251. Dagegen ist das Insolvenzrisiko der am Neuen Markt gehandelten Unternehmen aus den unterschiedlichen Branchengruppen deutlich niedriger – für E-Commerce-Firmen liegt es bei 40 Unternehmen je 10.000, in der Hochtechnologiebranche bei 24.

Die Summe der Insolvenzschäden ist um fast 30 Prozent von 27 Mrd. DM in der ersten Jahreshälfte 2000 auf aktuell 35 Mrd. DM angewachsen. Dabei beträgt die Gesamtschadenshöhe von privaten Gläubigern 21 Mrd. DM (erste Hälfte 2000: 16 Mrd. DM). Die öffentlichen Hand kosten die Unternehmensinsolvenzen 14 Mrd. DM (Vergleichszeitraum: 11 Mrd. DM). Die Steigerung der Summen liegt nicht nur im Zugang der Unternehmensinsolvenzen begründet. Gleichzeitig hat

sich auch das individuelle Schadensniveau wieder erhöht – in Westdeutschland ist pro Insolvenzfall mit einem Schaden von 890.000 DM zu rechnen (erste Jahreshälfte 2000: 810.000 DM); in Ostdeutschland beträgt das individuelle Schadensniveau 1.110.000 DM (erste Hälfte 2000: 930.000 DM).

Die Reform der Insolvenzordnung hat unmittelbar zu zwei Ergebnissen geführt: zum einen nutzen nun zahlungsunfähige Verbraucher die Restschuldbefreiung, auf der anderen Seite ist die Zahl der masselosen Konkurse deutlich gesunken. Aktuell beträgt die Quote der mangels Masse abgelehnten Insolvenzverfahren in Westdeutschland 44,4 Prozent und in Ostdeutschland 42,5 Prozent (erste Hälfte 2000 64,5 Prozent bzw. 61,3 Prozent).

Viele kritische Stimme zur Reform haben die Bundesregierung veranlasst, die erst drei Jahre alte Regelung zu überarbeiten. Folgende Punkte stehen bei der Reform der Reform im Mittelpunkt:

- Die Lohnansprüche der Arbeitnehmer, die im Insolvenzfall auf die Bundesanstalt für Arbeit übergehen, werden demnächst als normale Insolvenzforderungen und nicht mehr als Masseschulden berücksichtigt werden. Auch hierdurch soll die Quote der eröffneten Verfahren erhöht werden.
- Der vorläufige Insolvenzverwalter kann auch weiterhin von der Gläubigerversammlung durch einen anderen ersetzt werden. Allerdings erhält nun jeder Gläubiger in Ergänzung zum Summenprinzip eine Stimme (Kopfprinzip), unabhängig von der Höhe der Forderung.
- Kleingewerbetreibende, denen zur Zeit auch das Verbraucherinsolvenzverfahren offen steht, sollen in Zukunft nur noch das Regelinsolvenzverfahren durchlaufen können. Die Zahl der Gläubiger darf 20 nicht überschreiten. Außerdem dürfen keine Lohnansprüche von Arbeitnehmern gegen den Schuldner bestehen.
- Die Prozesskosten werden in Zukunft den Verbrauchern gestundet. Dies wird zu einem deutlichen Anstieg bei den Privatinsolvenzen führen, da

- dann auch völlig mittellose Personen, denen zur Zeit das Verbraucherinsolvenzverfahren verschlossen ist, von der neuen Regelung Gebrauch machen können.

Aller Voraussicht nach sollen die neuen Regeln noch im Herbst zur Anwendung kommen.

Die gestiegene Zahl der Unternehmensinsolvenzen zieht auch eine Zunahme der Arbeitsplatzverluste durch Firmenzusammenbrüche nach sich. So haben von Januar bis Juni 2001 eine viertel Million Menschen durch den Zusammenbruch ihres Betriebes den Arbeitsplatz verloren. Während die Zahl der Betroffenen in Westdeutschland um 19,4 Prozent auf 160.000 angewachsen ist (Vergleichszeitraum: 134.000), summieren sich in Ostdeutschland die verlorengegangenen Arbeitsplätze aktuell auf 90.000 – gegenüber 82.000 Stellen im ersten Halbjahr 2000 ein Zugang von 9,8 Prozent. Die im Verhältnis zu den Unternehmensinsolvenzen hohe Zahl der Arbeitsplatzverluste in Ostdeutschland lässt sich auf eine größere Zahl von Firmenzusammenbrüchen mit mehr als fünf Mitarbeiter zurückführen. Während in Westdeutschland 55,9 Prozent aller insolventen Betriebe maximal fünf Mitarbeiter beschäftigen, sind es in Ostdeutschland nur 43,4 Prozent.

Neben der ungünstigen Konjunkturentwicklung stellt auch die Finanzierung für den Mittelstand aktuell ein Risiko dar, das die Existenz des Unternehmens gefährdet. Zwar sind die Bestimmungen von Basel II noch nicht in Kraft, aber die anstehenden Änderungen zeigen schon erste Wirkung: Verschiedene Untersuchungen sprechen davon, dass sich Privatbanken schon jetzt aus dem Kreditgeschäft mit kleinen und mittleren Unternehmen zurückziehen. Die Eigenkapitalquote wird in Zukunft bei der Bewertung der Bonität eine entscheidende Rolle spielen, und gerade hier zeigt sich die Crux des Mittelstandes: Fast 40 Prozent der Unternehmen verfügen über eine Eigenkapitalquote von unter 10 Prozent (2000: 36,4 Prozent). Die Zahl der solide finanzierten Betriebe mit mehr als 30 Prozent Eigenkapital ist um 3,7 Prozentpunkte auf

14,6 Prozent zurückgegangen. Für traditionelle Unternehmen aus dem Mittelstand bieten weder der Gang an die Börse noch renditeorientiertes Venture Capital eine Alternative zum Bankkredit. Und so wird Basel II auf der einen Seite für mehr Transparenz und Solidität in der Finanzierung des Mittelstandes führen auf der anderen Seite aber wohl eine Steigerung bei den Unternehmensinsolvenzen mit sich bringen – bei Betrieben, die den neuen Anforderungen nicht gerecht werden.

Einen negativen Trend verzeichnet das Gründungsgeschehen in Deutschland. Für Ostdeutschland ist zum ersten Mal seit elf Jahren ein negativer Saldo zu konstatieren. Den 64.900 Neuanmeldungen stehen 67.800 Löschungen gegenüber, so dass sich unter dem Strich ein Minus von 2.900 Unternehmen ergibt. Im ersten Halbjahr 2000 ergaben 71.200 Anmeldungen und 63.400 Löschungen noch einen positiven Saldo von 7.800 Unternehmen. In Westdeutschland sank der Saldo aus An- und Abmeldungen in Handels- und Gewerberegistern um 18,7 Prozent auf aktuell 40.900 (erste Hälfte 2000: 50.300). Zwar ist die Zahl der neu gemeldeten Firmen um 3,4 Prozent auf 350.500 geklettert (Vergleichszeitraum 2000: 338.500), gleichzeitig aber nahm die Zahl der gelöschten Unternehmen um 7,4 Prozent zu - 309.600 gegenüber 288.200. Bei den wirtschaftsaktiven Unternehmen ist in Westdeutschland mit 32.000 Unternehmen zu kalkulieren (Vergleichszeitraum: 35.000), in Ostdeutschland gibt es keine Veränderung: wie im ersten Halbjahr 2000 werden sich 2001 rund 6.000 Unternehmen aktiv am Wirtschaftsleben beteiligen.

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung

Leitung: Michael Bretz, Telefon: (02131) 109-171

Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Alle Rechte vorbehalten

© 2001, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

Neuss, 26. Juni 2001